

Da
"Weißeritz-Zeitung"
erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und wird an den vorhergehenden Abenden ausgegeben.
Preis vierteljährlich 1 M.
25 Pf., zweimonatlich 34 Pf., einmonatlich 42 Pf., Einzelne Nummern 10 Pf. — Alle Postanstalten, Postboten, sowie andere Kürschnereien nehmen Bestellungen an.

Weißeritz-Zeitung.

Anzeiger für Dippoldiswalde und Umgegend.

Inserate werden mit 11 Pf., solche aus unserer Amtshauptmannschaft mit 12 Pf., die Spaltseite oder deren Raum berechnet. Bekanntmachungen auf der ersten Seite (nur von Behörden) die zweigesparte Zeile 25 bez. 30 Pf. — Tabellarische und komplizierte Inserate mit entsprechendem Aufschlag. — Eingesandt, im redaktionellen Teile, die Spaltenzeile 30 Pf.

Amtsblatt für die Königliche Amtshauptmannschaft, das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Dippoldiswalde.

Mit achtseitigem „Illustrierten Unterhaltungsblatt“. Mit land- und hauswirtschaftlicher Monats-Beilage.
Für die Aufnahme eines Inserats an bestimmter Stelle und an bestimmten Tagen wird keine Garantie übernommen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag von Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 81.

Sonnabend, den 17. Juli 1909.

75. Jahrgang.

Die Herren

Friedrich Albert Otto Kotte in Bärenfels und

Karl Julius Steinigen daselbst

sind als Gemeindevorstand beziehentlich als Gemeindeältester für Bärenfels in Pflicht genommen worden.

778 d.A. Königliche Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 12. Juli 1909.

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses am 22. Juli 1909, vorm. 10 Uhr, im Sitzungssaal der Königlichen Amtshauptmannschaft.

Die Tagesordnung hängt in der amtsaufsichtlichen Ranzlei aus.

56 B. Königliche Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 15. Juli 1909.

Landtagswahl betr.

Zum Zwecke der Auflistung von Wahllisten für die bevorstehende Landtagswahl werden gegenwärtig Hauslisten ausgegeben. Die Hausbesitzer bzw. deren Stellvertreter sind verpflichtet, dieselben noch der ausgedruckten Anleitung vollständig und richtig auszufüllen und zur Vermeidung einer Ordnungsstrafe bis zu 20 M. bis spätestens den 26. Juli d. J. an den unterzeichneten Stadtrat — Rathaus, Zimmer Nr. 9 — zurückzugeben.

Die Wahlberechtigten werden veranlaßt, sich von der Richtigkeit und Vollständigkeit der von den Hausbesitzern gemachten Angaben zu überzeugen.

Der Stadtrat.

Dippoldiswalde, am 14. Juli 1909.

Die diesjährige **Obstnutzung** der hiesigen Staatsstraßen soll gegen sofortige Barzahlung meßbietend **verpachtet** werden und zwar:

a) die der Dresden-Pirnaer, Leuben-Lohmener, Dresden-Meissner, Dresden-Radeburger, Dresden-Königstraße (Abt. 2), Dresden-Bauknecht (Abt. 2-3), Dresden-Laubegast-Pill-

Die Reichstagsession.

Der Reichstag ist am Dienstag nach Erledigung der noch restierenden dringlichsten Säden, vor allem des Beamtenbesoldungsgesetzes, vom bisherigen Staatssekretär v. Behmann-Hollweg mittels Vorlesens der Kaiserlichen Schlussbotschaft geschlossen worden. Hiermit hat die erste Session des im Januar und Februar 1907 gewählten Reichstages ihr Ende genommen, sie wähnte demnach, daß der Reichstag das erste Mal am 19. Februar 1907 zusammenrat, zwei Jahre und fast fünf Monate, und stellte somit eine der längsten Sessionen dar, die es seit Bestehen der deutschen Volksvertretung überhaupt gegeben hat. Der letztere größere Abschnitt der nun abgeschlossenen Tagung war die am 4. November 1908 begonnene Sitzungsperiode, die vor allem durch die Reichsfinanzreform beherrscht wurde. Am 19. November genannten Jahres nahm die parlamentarische Behandlung dieser hochwichtigen Vorlage ihren Anfang, am 10. Juli 1909 war sie vom Plenum definitiv genehmigt, aber freilich in sehr veränderter Gestalt gegenüber der ursprünglichen Regierungsfassung. Außerdem war in den parlamentarischen Kämpfen um die Reichsfinanzreform der konservativ-liberale Regierungsblock zertrümmert worden und an seine Stelle der neue „blau-schwarze“ Block der Konservativen, des Zentrums und der Unabhängigen Parteien getreten, welcher den verbündeten Regierungen in der Frage der Gestaltung der Finanzreform schließlich seinen Willen aufdrängte. Und schließlich führte die ganze Reform gar noch zum Rücktritt des Reichslandlers Fürsten Bülow, der mit den neuen siegreichen Reichstagsmehrheit nicht weiter arbeiten wollte und konnte, am Tage nach dem Reichstagsschlusse vollzog sich ein Kanzlerwechsel. Man darf einigermaßen gespannt darauf sein, wie sich die Beziehungen des neuen Kanzlers zur jetzigen Reichstagsmehrheit gestalten werden, da hiervon die gesamte Weiterentwicklung der inneren deutschen Politik abhängt; doch dürfte zweifellos erst die nächste Reichstagsession den Gang der Dinge einigermaßen erkennen lassen. Was nun die weitere vom Reichstag geleistete gelehgeberische Arbeit belangt, so ist hier zunächst der Reichshaushaltsetat für 1909 zu nennen, dessen Beratung im ganzen 39 Plenarsitzungen in Anspruch nahm. Weiter wurden von höheren gelehgeberischen Sachen verabschiedet das neue Weingesetz, das Automobilhaftpflichtgesetz, die Novellen zur Zivilprozeßordnung und zur Strafprozeßordnung, zum Stempelsteuergesetz, zum Bankgesetz, zum Viehseuchengesetz, zum Münzgesetz und zum Postsparkasse-Subventionsgesetz, die Vorlage über die Erhöhung der Beamtenbesoldungen, der Gesetzentwurf bez. Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, sowie die Gesetze über die Regelung der gewerblichen Frauenarbeit und über die Sicherung der Bauforderungen. Ferner wurden eine Reihe kleinerer Gesetze fertiggestellt, sowie mehrere Verträge internationalen Charakters genehmigt. Unerledigt geblieben sind u. a. die sogenannte große Gewerbeordnungsnovelle (Regelung der Rechtsverhältnisse der Werkmeister und Techniker usw.), das Arbeits-

kammergesetz, die Reichsversicherungsordnung, sowie die noch aus früheren Sessionsabschnitten restierenden Vorlagen über die Hilfsklassen und über die Abänderung des Maiböschungssteuergesetzes. Das parlamentarische Menü wurde ergänzt durch Interpellationen des verschiedenen Inhaltes, welche sich auf das Unglück von Radbod, auf Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, die schwarzen Listen der Arbeitgeber, das Koalitionsrecht, die mecklenburgische Verfassungsfrage, die Aushebung der Getreidezölle und noch sonstige Themen bezogenen.

Lokales und Sachsisches.

Dippoldiswalde. Noch immer bedecken trübe Wolken den Himmel und Frau Sonne will gar nicht einmal auf längere Zeit die Erde mit ihren Strahlen beglühen. Raum hat sie einmal hervorgehaut, so verschont sie sich auch gleich wieder hinter einem dünnen Wollengürtel. Hoffentlich besiegt sie sich bald eines bessern und beschert uns nach der langen Regenzeit ein recht schönes Vogelwiesenwetter. Allen unseren Lesern wünschen wir hierzu recht viel Vergnügen und, soweit sie Verläufer sind, auch gute Einnahmen.

Dem „ganz Aktuellen“ entnommen ist in diesem Jahre die Idee zu der Kostüm-Gruppe, die alljährlich den Montagsauszug der Schülern begleitet und ihn ein besonderes Interesse beanspruchen läßt: Zeppelin mit seinem Luftschiff. Wie wir hören, wird Graf Zeppelin selbst die Bedienungsmaatschaft nach hier begleiten und sich am Umzuge beteiligen. Also heran, wer das modernste Lehrmittel in natura in Augenschein nehmen will, dieses Verkehrsmittel, das keinen Staub aufwirbelt, zurzeit höchstens Birnenbäume wegschlägt! — Allen aber: Viel Vergnügen zum Vogelschießen!

Dem Museum des hiesigen Gebirgsvereins, das im Rathause freundliche Unterkunft gefunden hat, ist dieser Tage seitens der Bäder-Zinnung ein interessantes Erinnerungsstück, eine Photographie, gewidmet worden. Alle neun bahnberechtigten Bädermeister haben sich mit dem Abbruch geweihten beiden Semmelbänken photographieren lassen und halten somit im Bilde ein Bauwerk fest, das, zwar öfters erneuert, doch Jahrhunderte lang am Rathause seinen Platz gewahrt hat. — Schade ist es, daß von den Gleisbänken, die an der Rückseite des Rathauses angebaut waren, keine Abbildung mehr vorhanden ist.

Telephonische Gespräche sind vogelfrei! Sie gießen gegen Indiskretionen durch Beamte keinen juristischen Schuß. So hat das Reichsgericht entschieden! Mit allgemeinem Bedauern hört man und vermag noch gar nicht recht daran zu glauben! Denn wenn auch nicht angenommen werden kann, daß die Beamten oder Beamtinnen es darauf anlegen werden, jedes Gespräch zu belauschen, so lassen sich doch Fälle denken, wo die Rennnis eines Telephonugesprächs zum Schaden eines der Teilnehmer ausgebeutet werden kann. Tatsächlich sind solche Fälle auch schon vorgekommen. — Hoffentlich ver-

schaffen in solchen Fällen wenigstens die Postbehörden die erwünschte Genugtuung, indem sie derartige Pflichtverletzungen nachdrücklich disziplinell ahnden.

Zu einem Konflikt kam es in Meißen in der letzten Stadtverordnetenversammlung bei der Beratung einer neuen Geschäftsordnung für das Kollegium. Bei der Befreiung über den § 5, der von der Ernennung der Berichterstatter handelt, kam es zu einem Zusammenstoß zwischen dem Stadtverordnetenvorsteher Hofmann und dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Schmidt. Dieser verlangte entgegen dem Entwurf, daß nicht der Vorsteher die Berichterstatter ernennen sollte, sondern daß diese vom Ausschuß gewählt würden; ferner müsse auf Antrag auch ein Berichterstatter der Minderheit bestellt werden. In den weiteren Ausführungen kritisierte der Redner die Tätigkeit des Vorstehers, den er für nicht geeignet hielt, die richtige Auswahl der Berichterstatter zu treffen. Daraufhin gab der Vorsteher für diese Sitzung den Vorsitz ab und verließ den Saal. Nach langer Debatte, in der den Ausführungen des Stadtverordneten Schmidt vielfach gegenübergetreten wurde, nahm man die neue Geschäftsordnung an, die sofort in Kraft trat.

Die Stadtverordneten in Leipzig genehmigten zur Befestigung der Finanznot des Stadttheaters den Anlauf des Vollmerschen Theatersfunds für 300000 Mark, sowie die Pachtfreiheit und Erhöhung der Eintrittspreise außer dem Parterre und dritten Range Mitte.

Die städtischen Gymnasien in Leipzig werden nach der neuzeitlichen Erhebung von 1805 Schülern besucht. Davon entfallen auf die Thomaschule 584, Nikolaischule 370, Petrischule 523, Schiller-Gymnasium 242, Gymnasialklassen in Leipzig-Lindenau 86. Die beiden Staatsgymnasien haben 1004 Schüler; das König-Albert-Gymnasium 560, das Königin-Carola-Gymnasium 444. Das sind insgesamt 2809 Gymnasialstufen. — Die zur Vollanstalt erhobene Oberreal-Schule zählt 254 Schüler. Die fünf städtischen Real-Schulen werden von 2296 Schülern besucht. — Die beiden städtischen höheren Mädchenschulen werden von 1062 Schülerinnen besucht. — Die beiden Seminare in Leipzig haben einen Schülerbestand von 366. Rechnet man ferner die Privatschulen Leipzigs hinzu, die berechtigt sind, das Einjährig-Freiwilligen-zeugnis zu ertheilen, so steigt die Gesamtschülerzahl höherer Lehranstalten in Leipzig auf 7900.

In wie geriebener Weise die Sozialdemokratie häufig versucht, bürgerliche Vereinigungen ihren Zwecken gefügig zu machen, ja sie gewaltsam ganz in das sozialdemokratische Lager hinüberzuziehen, zeigt ein Vorlommnis in Niederrhein. In die dortigen zwei Turnvereine traten seit einiger Zeit auffallend viele Mitglieder ein, die weiter nichts als waschechte Sozialdemokraten waren. Auf „höheren Befehl“ zeigten die Genossen in den bürgerlichen Vereinen schließlich ihr offenes Gesicht und stellten in beiden Vereinen zugleich den Antrag, daß diese aus der Deutschen Turnerschaft austreten und die Mitgliedschaft im Arbeiter-